

Rede des Stadtkämmerers Martin Murrack

zum Haushalt 2027/2028

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren Ratsmitglieder,
verehrte Gäste,

„Demokratie beginnt vor Ort.“

Diesen Satz hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei einer Veranstaltung mit kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern gesagt.

Ich glaube, kaum ein Satz beschreibt besser, worum es bei dem Haushalt, den wir heute einbringen, eigentlich geht. Denn Demokratie beginnt nicht erst im Bundestag. Sie beginnt im Rathaus. Sie beginnt in unseren Schulen und Kitas. Sie beginnt auf unseren Straßen und Plätzen. Sie beginnt im Sportverein, in der Bibliothek, im Schwimmbad und im Jugendzentrum. Und sie beginnt dort, wo Bürgerinnen und Bürger erleben, ob ihr Staat funktioniert.

Deshalb ist die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen keine Frage von Buchhaltung und Haushaltsrecht allein. Sie ist eine Frage der demokratischen Handlungsfähigkeit unseres Staates. Und genau diese Handlungsfähigkeit ist inzwischen massiv unter Druck. Der Oberbürgermeister hat es soeben in aller Deutlichkeit auf den Punkt gebracht: Die Zeiten, in denen wir als Kommune finanziell aus dem Vollen schöpfen konnten – wenn man das überhaupt je so nennen durfte – sind vorbei. Ich knüpfe daran an. Denn als Stadtkämmerer fällt mir heute die Aufgabe zu, Ihnen das Zahlenwerk zum Haushalt 2027 vorzulegen.

Und dieses Zahlenwerk ist deutlich. Es zeigt uns, wo wir stehen. Es zeigt aber auch, was wir in den vergangenen Jahren gemeinsam erreicht haben – und warum wir jetzt dringend die Unterstützung von Bund und Land brauchen. Wie der Oberbürgermeister bereits ausgeführt hat, erleben wir bundesweit ein massives kommunales Einnahmeproblem, ein Ausgabenproblem und ein Investitionsproblem.

Steigende Sozialausgaben, steigende Personal- und Sachkosten, höhere Energie- und Baukosten, wachsende Anforderungen an Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Schulen, Klimaschutz und Infrastruktur treffen auf Einnahmen, die mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten.

Und gleichzeitig werden den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen. Das Problem ist dabei nicht, dass die Kommunen nicht sparen wollen. Das Problem ist, dass wir Aufgaben erfüllen sollen, für die die Finanzierung nicht auskömmlich ist.

Das ist keine Frage mangelnder Disziplin in den Rathäusern. Das ist ein strukturelles Problem der staatlichen Finanzarchitektur. Und deshalb sage ich heute deutlich: Die Kommunen können nicht dauerhaft die letzte Ebene sein, die die Rechnung für politische Entscheidungen bezahlt, die an anderer Stelle getroffen werden.

Die Städte sind zur Bad Bank Deutschlands geworden. Und das muss sich schnell ändern. Denn wenn sich die Kommunen immer stärker verschulden müssen, um ihre laufenden Aufgaben zu erfüllen, wird aus einer finanziellen Schieflage irgendwann ein Verlust an

kommunaler Selbstverwaltung. Und damit sind wir bei der entscheidenden Frage: Was bedeutet das für die Menschen?

Für sie findet Staat vor allem vor Ort statt. Wenn die Schule nicht saniert wird, die Straße kaputt ist und der Radweg nicht gebaut werden kann, ist das Kommune. Wenn die Kita fehlt, Busse nicht fahren oder Schwimmbäder geschlossen werden müssen, ist das Kommune! Wenn der Verwaltung kein Personal zur Verfügung steht, um elementare Leistungen zu erbringen, ist das Kommune. Deshalb ist eine handlungsfähige kommunale Ebene keine freiwillige politische Kür. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass unser Staat insgesamt funktioniert.

Meine Damen und Herren,

bevor wir deshalb über die notwendigen Einsparungen sprechen, möchte ich eines ausdrücklich festhalten: Duisburg hat in den vergangenen Jahren ein striktes Finanzmanagement gelebt. Wir haben konsequent konsolidiert und gleichzeitig investiert.

Wir haben Strukturen verändert, Ausgaben kritisch hinterfragt und unsere Beteiligungen neu aufgestellt. Und wir haben etwas erreicht, was nicht selbstverständlich ist: Wir haben unser Eigenkapital auf- und unsere Schulden abgebaut. Unser Jahresabschluss 2024 hat diesen Weg noch einmal eindrucksvoll bestätigt. Wir konnten ein positives Jahresergebnis erzielen und damit unser Eigenkapital weiter stärken. Das war kein Zufall. Das war das Ergebnis einer konsequenten Haushalts- und Strukturpolitik.

Und wir haben diese finanzielle Konsolidierung nicht auf Kosten der Zukunft betrieben. Wir haben Schulen gebaut und saniert. Wir haben in Infrastruktur investiert. Wir haben Vermögen erhalten und neues Vermögen geschaffen. Genau diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir wollen weiter investieren. Wir wollen weiter Schulen bauen. Und wir wollen Duisburg wirtschaftlich und sozial weiter voranbringen. Kurz gesagt: Wir wollen unseren Kurs, der absolut richtig war und ist, fortsetzen. Aber genau das wird zunehmend schwieriger, wenn uns die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene immer weiter die Luft zum Atmen nimmt.

Und deshalb ist dieser Haushalt auch ein deutlicher Weckruf an Bund und Land. Wenn im Jahr 2029 219 von allen 396 Kommunen in NRW in der Haushaltssicherung sind, macht das die Dimension deutlich: Bund und Land müssen endlich handeln!

Meine Damen und Herren,

kommen wir nun zu dem, was uns heute unmittelbar betrifft. Die chronische Unterfinanzierung und die drastische Inanspruchnahme unserer Rücklagen zwingen uns nach § 76 der Gemeindeordnung NRW in ein Haushaltssicherungskonzept. Die Maßnahmen, die vor uns liegen, sind bitter. Wir sprechen über tiefgreifende Einschnitte bei Sachkosten und Personal. Das schmerzt. Und keinem von uns fällt es leicht, diese Entscheidungen zu treffen. Aber – und dieses „Aber“ sage ich in voller Verantwortung für unsere Stadt: Es gibt keine Alternative dazu, jetzt zu handeln. Nichtstun ist keine Option. Denn wer heute notwendige Konsolidierungsentscheidungen nicht trifft, riskiert morgen den Verlust kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen nicht, dass Duisburg irgendwann nur noch verwaltet wird. Wir wollen gestalten.

Deshalb müssen wir ein genehmigungsfähiges HSK vorlegen. Ein genehmigungsfähiges HSK bedeutet für uns: Wir behalten das Heft des Handelns in der Hand. Der Rat entscheidet selbst, wo Prioritäten gesetzt werden. Der Rat entscheidet selbst, wo investiert wird. Das ist allemal besser, als wenn diese Entscheidungen am Ende von der Kommunalaufsicht getroffen werden.

Meine Damen und Herren,

ich möchte an dieser Stelle aber auch eines deutlich sagen: Die Maßnahmen dieses HSK sind hart. Aber sie sind notwendig – und aus meiner Sicht ausgewogen. Denn wir haben bewusst

darauf geachtet, die Lasten nicht einseitig abzuwälzen. Wir erhöhen nicht die Grundsteuer. Wir erhöhen nicht die Gewerbesteuer.

Natürlich heißt das nicht, dass niemand betroffen ist. Eine Übernachtungsabgabe trifft die Gäste unserer Stadt. Die Anwohnerparkgebühren und die allgemeinen Parkgebühren werden angehoben – und damit werden auch Duisburgerinnen und Duisburger belastet. Und wir werden Eintrittspreise und Gebühren erhöhen müssen. Aber der ganz überwiegende Teil der Konsolidierung kommt aus Einsparungen und strukturellen Veränderungen innerhalb der Verwaltung. Wir bauen im Laufe des HSK-Zeitraums fast 910 Stellen ab. Und dieser Stellenabbau betrifft die gesamte Verwaltung. Ausnahmslos.

Natürlich wird jeder Bereich die eigene Betroffenheit als besonders schmerzhaft empfinden. Das ist nachvollziehbar. Aber gerade darin liegt auch ein Stück der Ausgewogenheit dieses HSK: Wir nehmen uns nicht einzelne Bereiche heraus, während andere verschont bleiben. Wenn sich am Ende nahezu alle Bereiche über die Maßnahmen beschweren, dann ist das vielleicht auch kein schlechtes Zeichen.

Meine Damen und Herren,

dieses HSK darf allerdings nicht zu einem reinen Kürzungsprogramm werden. Wenn wir bestehende Verwaltungsstrukturen nicht schwächen, sondern optimieren wollen, geht das nicht ohne eine systematische Modernisierung der Verwaltung. Deshalb verbinden wir Konsolidierung mit einer Digitalisierungs-offensive. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künstliche Intelligenz und moderne digitale Prozesse tatsächlich zu einer Entlastung unserer Verwaltung führen. Wir müssen Verwaltungsprozesse neu denken, stärker automatisieren und Doppelarbeiten vermeiden. Natürlich erfordert das zunächst auch Investitionen. Aber diese Investitionen werden sich rechnen.

Meine Damen und Herren,

damit komme ich zu einem der schwierigsten Punkte dieses Haushalts: dem Personal. Exakt 909,81 Stellen sollen im Laufe des HSK-Zeitraums wegfallen. Das ist eine Zahl, die aufhorchen lässt. Denn hinter dieser Zahl stehen Menschen. Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag dafür sorgen, dass diese Stadt funktioniert. Deshalb sage ich ausdrücklich:

Wie der Oberbürgermeister bereits zugesichert hat, erfolgt dieser Stellenabbau rein sozialverträglich und partnerschaftlich – ohne Kündigungen. Für die praktische Umsetzung bedeutet das: Wir setzen auf natürliche Fluktuation und die altersbedingten Abgänge der kommenden Jahre. Wir wollen dabei nicht einfach Stellen einsparen und die Arbeit weiter verdichten. Wir müssen die Arbeit anders organisieren. Und wir müssen kritisch fragen, ob wir wirklich noch jede bislang erledigte Aufgabe in der bisherigen Form ausführen müssen. Eines ist klar: Duisburg soll ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Wir brauchen weiterhin gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Meine Damen und Herren,

kommen wir nun zu den Fakten des vorliegenden Doppelhaushaltes und der langfristigen Konsolidierungslinie. Für das Haushaltsjahr 2027 planen wir im ordentlichen Ergebnis mit Erträgen von 2,52 Mrd. Euro und Aufwendungen von 2,96 Mrd. Euro. Das ergibt ein negatives Jahresergebnis von 438,9 Millionen Euro im Jahr 2027. Auf etwa diesem Niveau wird das Jahresergebnis bis zum planmäßigen Ende des HSK-Zeitraums im Jahr 2037 bleiben; das Haushaltsdefizit beträgt dann immerhin noch 415,2 Millionen Euro. Das Volumen der Konsolidierungsmaßnahmen, das wir Ihnen heute als Vorschlag der Verwaltung vorlegen, liegt mit 418,0 Mio. Euro leicht über diesem Wert. Nur so können wir das vom Gesetzgeber geforderte positive Jahresergebnis in zehn Jahren erreichen. Lassen Sie uns diesen Kraftakt in seine Kernbereiche zerlegen. Im Jahr 2037 entfallen Einsparungen von 204,1 Millionen Euro auf Sachkosten. 112,6 Millionen Euro auf Personal und Versorgung. 65,7 Millionen Euro auf unsere Beteiligungen. Und 35,6 Mio. Euro auf Ertragserhöhungen. In der Spitze sind das 418,0 Millionen Euro – Jahr für Jahr.

Dass wir diesen Kraftakt der Haushaltsaufstellung unter herausfordernden Umständen geschafft haben, haben wir vielen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken – im Verwaltungsvorstand, in den Fachbereichen und natürlich auch in der Kämmerei. Mein besonderer Dank gebührt hier besonders Frau Gärtner, die mit ihrem Team wieder Unmögliches möglich gemacht hat. Ihnen allen sage ich von ganzem Herzen Dank – und jetzt ist Zeit für einen anerkennenden

418,0 Mio. Euro. Das ist die Dimension der Aufgabe, vor der wir stehen. Und deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Kann es wirklich die Antwort auf eine strukturelle Finanzkrise sein, dass Städte wie Duisburg jedes Jahr hunderte Millionen Euro zusätzlich einsparen müssen? Ich sage: Nein. Natürlich müssen und werden wir unseren Beitrag leisten. Und natürlich müssen wir auch unbequeme Entscheidungen treffen. Aber wir können eine strukturelle Unterfinanzierung nicht durch immer neue Kürzungsrunden beseitigen. Dafür braucht es eine politische Antwort von Bund und Land.

Meine Damen und Herren,

deshalb erwarten wir von Bund und Land konkrete Maßnahmen.

Erstens:

Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch dauerhaft und vollständig finanzieren. Konnexität darf kein Prinzip sein, das nur dann gilt, wenn die Kassenlage es gerade erlaubt.

Zweitens:

Wir brauchen eine strukturelle Stärkung der kommunalen Einnahmeseite. Die Kommunen brauchen einen größeren und verlässlicheren Anteil an den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Wir brauchen deshalb eine stärkere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer. Und wir brauchen eine stärkere kommunale Beteiligung an den Einnahmen des Landes. Wir sagen: Angesichts der Aufgabenentwicklung muss über einen deutlich höheren Verbundsatz im GFG gesprochen werden.

Drittens:

Wir brauchen endlich eine nachhaltige Lösung für die kommunalen Altschulden. Die Zahlen aus Nordrhein-Westfalen zeigen, dass dieses Problem längst nicht verschwunden ist. Ende 2025 hatten die NRW-Kommunen rund 27,6 Milliarden Euro Liquiditätskredite. Der Altschuldenberg wird in den nächsten Jahren auf erschreckende bislang noch nicht erlebte Höhen ansteigen. Das sind Kredite, die ursprünglich gar nicht dafür gedacht waren, über Jahrzehnte strukturelle Haushaltsdefizite zu finanzieren.

Viertens:

Wir brauchen eine dauerhafte Entlastung bei den Sozialausgaben. Denn genau dort wachsen die Ausgaben besonders stark – und genau dort haben die Kommunen nur sehr begrenzte Möglichkeiten, selbst gegenzusteuern. Wir können nicht auf Dauer bundes- oder landespolitisch beschlossene Leistungsversprechen aus unserem kommunalen Haushalt finanzieren. Wer soziale Sicherheit verspricht, muss auch für ihre Finanzierung einstehen. Das ist keine Maximalforderung der Kommunen. Das ist schlicht eine Frage staatlicher Verantwortung.

Meine Damen und Herren,

wir sagen damit ausdrücklich nicht: Bund und Land sind schuld, und Duisburg kann nichts tun. Wir haben gezeigt, dass wir unseren Beitrag leisten können. Aber kommunale Eigenanstrengung hat Grenzen. Deshalb werden wir diese Forderungen nicht nur heute formulieren. Wir werden sie weiter vertreten. In Düsseldorf. In Berlin. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte". Denn es geht hier nicht nur um Duisburg. Es

geht um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

Meine Damen und Herren,

ich möchte deshalb heute auch eine Zusage machen: Wir werden nicht aufhören, für eine auskömmliche Finanzierung unserer Stadt zu kämpfen. Und wenn dieser politische Kampf erfolgreich ist, dann werden wir selbstverständlich auch unsere eigenen Konsolidierungsmaßnahmen kritisch überprüfen. Das ist mir besonders wichtig: Dieses HSK ist für uns kein Selbstzweck. Es ist kein politisches Dogma. Und es ist auch kein Versprechen, dass jede heute vorgeschlagene Konsolidierungsmaßnahme bis 2037 unverändert bestehen bleiben muss. Wenn sich die finanziellen Rahmenbedingungen unserer Stadt nachhaltig verbessern, werden wir umsteuern. Denn unser Ziel ist nicht, Duisburg unattraktiver zu machen. Unser Ziel ist, Duisburg besser zu machen.

Meine Damen und Herren,

Ich möchte am Ende noch einmal auf den Satz zurückkommen, mit dem ich begonnen habe: *„Demokratie beginnt vor Ort.“* Wenn das stimmt – und davon bin ich überzeugt –, dann muss auch die Handlungsfähigkeit der Demokratie vor Ort gesichert sein. Eine Stadt, die ihre Schulen nicht mehr sanieren kann, nimmt ihren Kindern Chancen. Eine Stadt, die ihre Parks und Radwege nicht mehr instand halten kann, verliert an Lebensqualität und Attraktivität. Eine Stadt, die ihre soziale Infrastruktur abbauen muss, schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Genau das wollen wir für Duisburg verhindern. Deshalb übernehmen wir unsere Verantwortung. Damit Demokratie auch morgen noch dort funktioniert, wo sie beginnt: vor Ort.

Vielen Dank.